



## Iranische Geldflüge

Devisenknappheit sorgt für monetäre Reiseaktivitäten. Seite 2

Foto: pixabay/nd [m]

## Bleiberecht gewährt

Unter Rot-Rot-Grün in Berlin werden mehr Härtefälle anerkannt. Seite 11

## Musk und die Taucher

Die Höhlenrettung eines Fußballteams in Thailand hat viele Helden. Der Milliardär Elon Musk gehört nicht dazu – was dem verhinderten Retter gar nicht passt. Seite 20



Foto: imago/Future Image

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 17. Juli 2018

73. Jahrgang/Nr. 164

Bundesausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de

### STANDPUNKT

## Ein Anfang, mehr noch nicht

Roland Etzel zum Treffen von Putin und Trump in Helsinki

Nach dem Treffen von Helsinki liegt die westliche Wertegemeinschaft nicht in Trümmern – jedenfalls nicht mehr als vorher –, und auch der Atlantik zwischen Amerika und Europa ist nach Helsinki offenbar nicht breiter geworden. Mindestens das hatte befürchtet werden müssen angesichts des Alarmismus, den etwa Bundesaußenminister Maas vor der Begegnung von Putin und Trump für angebracht gehalten hatte.

Weil man bei Trump-Auftritten vor rhetorischen Überrumpelungen niemals sicher sein kann? Mag sein. Allerdings ging die deutsche Befürchtung von Maas und Co. wohl in eine andere Richtung. Früher blickte man in Berlin und anderen europäischen Metropolen bang bis hoffnungsfroh auf derlei Begegnungen in der Erwartung auf möglichst weitgehende Verständigung der Supermächigen in ihren Streitfragen. Entspannung hieß das Zauberwort. Treffen von Breshnew mit Ford oder Gorbatschow mit Reagan brachten davon immer etwas. Auch Einvernehmlichkeiten in kleinen Fragen wurden mit Beifall bedacht von ziemlich allen Seiten, auch von der deutschen Politik. Heute ist der Ton anders. Misstrauen scheint den Blick nach Helsinki zu prägen. Fast hat man den Eindruck, Berlin fürchte eine signifikante Verbesserung des momentan reichlich ramponierten Verhältnisses der beiden Großen. Dafür war Helsinki bestenfalls ein Anfang. Auf deutsches Zutun kommt es dabei wenig an. Momentan muss man wohl sagen: zum Glück.

### UNTEN LINKS

Gipfeltreffen, seien es sportliche oder wirtschaftliche, enden meist mit einem Höhepunkt. Oder einfach nur mit lautem Getöse. Die größtmögliche Verkörperung dessen ist der Elefant – ohne dem doch meist sehr friedliebenden Tier zu nahe treten zu wollen. Aber da sind nun einmal die rosa Vertreter dieser Spezies, also jene, die omnipräsent sind, aber nie benannt werden. Weil jener Elefant im Porzellanfachgeschäft um die Ecke einfach alles niedertrumpelt, sodass man sich fragt, warum man ihn überhaupt eingeladen hat. Man hätte es ja wissen können – aber ein Elefantengedächtnis ist den Menschen eben nicht zu eigen. Und so bauen sie sich alle vier Jahre wieder weiße Elefanten, die nachher sinnlos in der Gegend herumstehen. Sinnlos in der Gegend herumzusitzen macht da doch viel mehr Spaß – in Elefantenrunden etwa, wo auch schon mal der am lautesten tönende Oberkanzlerfant sein Blaues Wunder erleben kann. Gegen eine eigentlich ziemlich graue Maus. stf

## Das Versprechen

Trump und Putin betonen nach Gipfel Notwendigkeit zur Kooperation



Trump und Putin vor ihrem Gespräch

Foto: AFP/Brendan Smialowski

Berlin. US-Präsident Donald Trump und Russlands Staatschef Wladimir Putin haben nach ihrem Gipfeltreffen ihren Willen bekundet, künftig enger zusammenzuarbeiten. »Für die Schwierigkeiten (zwischen Russland und den USA) gibt es keine objektiven Gründe. Der Kalte Krieg ist vorbei«, sagte Putin am Montag in Helsinki. Heute seien Moskau und Washington mit ganz anderen Problemen konfrontiert. Diese könnten nur mit vereinten Kräften gelöst werden. Putin und Trump hatten sich zuvor mehr als zwei Stunden unter vier Augen gesprochen.

Um die Weltprobleme zu lösen, müssten die beiden Länder zusammenarbeiten, erklärte

auch Trump. Selbst während des Kalten Krieges sei es gelungen, im Dialog zu bleiben. »Unsere Beziehungen (mit Russland) waren nie schlechter als jetzt. Doch das hat sich geändert, etwa vor vier Stunden«, so Trump.

Er hoffe etwa auf eine bessere Zusammenarbeit in Syrien. Beide hätten das Potenzial, Tausende von Menschenleben in dem Land zu retten. Es dürfe nicht erlaubt werden, dass Iran von der erfolgreichen Kampagne gegen das Terrornetzwerk Islamischer Staat profitiere. Trump hatte noch vor kurzem erklärt, die USA wollten sich bald aus Syrien zurückziehen.

Putin wiederum rief die USA zu einem gemeinsamen Engagement für eine Beilegung

des Syrien-Konflikts auf. »Russland und die USA können die Führung in dieser Frage übernehmen und bei der Überwindung der humanitären Krise zusammenarbeiten«, sagte er.

In der Pressekonferenz bestritt Putin erneut jegliche Einmischung Moskaus bei den US-Wahlen 2016. »Ich musste wiederholen, was ich bereits mehrmals gesagt habe: Die russische Regierung hat sich nie (...) in den US-Wahlkampf eingemischt«, sagte er.

Vor dem Gipfel hatte Bundesaußenminister Heiko Maas Trump vor »einseitigen Deals« mit Putin gewarnt. Vereinbarungen zulasten der eigenen Verbündeten schaden »am Ende auch den USA«, so Maas. Agenturen/nd

## Kanzlerinnenbesuch bei Helden

Merkels Visite in Paderborner Pflegeeinrichtung wurde sekundiert von Debatte über schlechte Bezahlung

Manchmal ist ein Besuch der Kanzlerin mehr als Protokolltermin. Die Visite eines Pflegeheims am Montag brachte die Debatte über Defizite in dieser wichtigen Branche auf Touren.

Von Uwe Kalbe

Überraschend hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel bei einer Wahlkampfveranstaltung im letzten Jahr zugesagt, als der Altenpfleger Ferdi Cebi sie einlud, sich mit eigenen Augen von den Arbeitsbedingungen in seinem Metier zu überzeugen. Am Montag war es soweit, und Merkel besuchte das Evangelische Pflegeheim St. Johannisstift in Paderborn. Über den Verlauf wurde Freundliches gemeldet, offenbar waren die Bewohner des Heims von ihrem Gast angetan, und Merkel wandte sich ihnen zu, wie man es bei solcher Gelegenheit erwarten darf. Wovon Pfleger Cebi die Kanzlerin gern überzeugt hätte,

hatte er der Öffentlichkeit schon vorher mitgeteilt. Dass der Beruf attraktiver gemacht werden müsse, damit mehr Pflegestellen besetzt werden können, darum ging es ihm in erster Linie. Und darum geht es auch vielen anderen, die sich mit der Materie beschäftigen, denn der Pflegenotstand in Deutschland ist in nahezu aller Munde. Allerdings will der 36-jährige Ferdi Cebi kein negatives Bild von seinem Beruf vermitteln. »Die positiven Seiten gehen ein bisschen unter, und das finde ich schade.« Dieser Beruf habe viel mehr schöne Seiten als negative.

Vorsorglich hatte auch Merkel am Wochenende in ihrem Podcast die Bedeutung der Pflege gewürdigt. Von den dort Beschäftigten sprach sie dabei als »Helden unseres Alltags«. Auch der Koalitionsvertrag beschäftigt sich mit dem Thema; allerdings nach Meinung vieler Experten viel zu halbherzig. Am Monatsbeginn hatte die Bundesregierung eine

»Konzertierte Aktion Pflege« gestartet. Pfleger Cebi jedenfalls kennt den Zusammenhang, der auch für jedermann sonst auf der Hand liegen dürfte: Die Attraktivität des Berufs erhöht sich auch mit seiner Bezahlung. Nötig seien

»Anerkennung drückt sich nicht nur in Worten aus. Es geht auch ums Geld.«

Minister Jens Spahn

ein flächendeckender Tarif und mehr Erholungszeit für die Beschäftigten, machte er deutlich.

Unterstützung fand er in einem Punkt am Montag auch von Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU). Gehälter bis zu 3000 Euro im Monat und damit deutlich mehr als derzeit »sollten möglich sein«, sagte Spahn. »Anerken-

nung drückt sich nicht nur in Worten aus. Es geht auch ums Geld.« Im ZDF-»Morgenmagazin« meinte Spahn, er hätte »lieber weniger Leiharbeiter wegen der Nachfrage nach Pflegern derzeit von teilweise besseren Arbeitszeiten und Löhnen als Festangestellte. Zugleich verteidigte Spahn private Investitionen in der Branche.

Dass sich der Arbeitgeberverband bpa über die LINKE beklagte, die den privaten Betreibern vorwirft, Tarifverträge abzulehnen, ergänzt die Debatte. Es gebe keine Tarifverträge, weil ver.di als Vertragspartner keine Mitglieder habe und damit nicht zur Verfügung stehe, beklagte sich Verbandschef Rainer Brüderle. Die Branche würde gern mehr zahlen, heißt das wohl, nur kann sie nicht – weil ver.di sie nicht dazu zwingt. Man kann nur hoffen, dass die Pflegekräfte im St. Johannisstift noch lange vom Besuch der Kanzlerin zehren. Seite 3

## Europa und China machen Fortschritte

Tusk warnt Weltmächte vor »Konflikt und Chaos« durch Handelskriege

Peking. Mit eindringlichen Worten hat EU-Ratspräsident Donald Tusk davor gewarnt, dass sich die hochschaukelnden internationalen Handelskonflikte in Gewalt entladen könnten. Es sei die »gemeinsame Pflicht« von Europa und China, aber auch der USA und Russlands, »keine Handelskriege zu beginnen, die sich so oft in der Geschichte in heiße Konfliktherde verwandelt haben«, sagte Tusk am Montag beim Gipfeltreffen der Europäischen Union mit China in Peking. Tusk appellierte an die Verantwortung der Weltmächte: Noch sei Zeit, »Konflikt und Chaos zu verhindern«.

Erstmals seit Jahren haben die EU und China bei dem Treffen in Handelsfragen wieder Fortschritte gemacht. Vor dem Hintergrund eines drohenden Handelskrieges mit den USA gaben beide auf ihrem Gipfel am Montag in Peking etwa den seit vier Jahren nur langsam vorankommenden Verhandlungen über ein Investitionsabkommen neuen Schwung. Zum ersten Mal seit drei Jahren endete das Treffen wieder mit einer gemeinsamen Erklärung. AFP/nd

Seite 6

## Kein Ende der Gewalt in Nicaragua

Auseinandersetzungen in Masaya fordern mindestens zehn Tote

Managua. In Nicaragua sind bei Angriffen von Sicherheitskräften auf mehrere von Regierungsgegnern kontrollierte Orte im Süden des Landes nach Angaben von Menschenrechtsgruppen am Sonntag mindestens sechs Zivilisten und vier Polizisten getötet worden. Paramilitärs beschossen nach Angaben der katholischen Kirche das Auto des Bischofs von Estelí, Abelardo Mata. Der Unterhändler im Konflikt mit der Regierung von Staatschef Daniel Ortega blieb unverletzt.

Die Polizei und paramilitärische Kräfte seien in mehreren Oppositionshochburgen gegen die Bevölkerung vorgegangen, teilte der Nicaraguansische Verband für Menschenrechte (ANPDH) mit. Zwei Todesopfer waren demnach minderjährig. Außerdem habe es mindestens 20 Verletzte gegeben.

Die Vorfälle ereigneten sich laut ANPDH in der Stadt Masaya, 30 Kilometer südlich der Hauptstadt Managua, sowie in den Nachbarorten Diriá, Diriomo, Niquinohomo und Catarina. Masaya gilt als Hochburg der Proteste gegen die Regierung. AFP/nd

Seite 10

## »EU braucht einen Afrika-Kommissar«

Entwicklungsminister fordert mehr finanzielle Mittel

Düsseldorf. Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) wünscht sich einen stärkeren Fokus der EU auf Afrika. »Wir brauchen einen EU-Afrika-Kommissar, bei dem alle Fäden einer in sich stimmigen Afrika-Politik zusammenlaufen«, sagte er der »Rheinischen Post«. Der EU-Haushalt müsse neue Prioritäten setzen, statt an den Vorstellungen der 1980er Jahre festzuhalten.

Von 2021 bis 2027 wolle die EU für Afrika 39 Milliarden Euro ausgeben. »Das ist ein Zehntel dessen, was für die Agrarpolitik vorgesehen ist und ein Beleg dafür, wie wenig wir Afrika als Chancenkontinent wahrnehmen.« China und Russland investierten dagegen massiv und sicherten sich knappe Rohstoffe wie Coltan und Lithium für die Digital- und Elektroindustrie. »Europa ist gerade dabei, Afrika als Jahrhundertchance zu verpassen«, sagte Müller. Mit Blick auf die Flüchtlingspolitik sagte er, er wolle sich noch stärker als bisher für stabilere Verhältnisse in Ländern wie Nigeria, Eritrea und Somalia einsetzen. Agenturen/nd

Kommentar Seite 10

ISSN 0323-3375

